

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

3.11.1866 (No. 262)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 3. November.

N. 262.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühren: die gepostete Postzeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

Stuttgart, 2. Nov. Der „Staatsanzeiger“ wiederlegt gleichfalls die Nachricht der „Köln.“ und der „National-Ztg.“ in Betreff angeblicher Verhandlungen zwischen Württemberg und Preußen wegen der Befestigung Ulms.

Haag, 31. Okt. (W. L.-B.) Bis jetzt sind 42 Deputirte gewählt bekannt; die Liberalen verloren bisher eine Stimme, 17 Wahlergebnisse sind noch unbekannt, für 16 ist das zweite Scrutinium nöthig.

Deutschland.

München, 31. Okt. Man schreibt dem „Nürnb. Corr.“: Der österreichische Gesandtschaftsposten an unsern Hofe ist seit gestern erledigt; Graf D'Almeida ist bereits in Wien. Seine Verabschiedung soll eine diplomatisch ungewöhnliche gewesen sein; jedenfalls zeugt sie nicht dafür, daß die Beziehungen zwischen beiden Höfen in neuerer Zeit inniger oder nur freundlicher geworden seien. Die Ernennung des Hrn. v. Beust zum kaiserl. Minister scheint hier nicht so aufgefaßt zu werden zu wollen, daß man darin einen neuen Anknüpfungspunkt zu erhellen sich in der Lage fände.

Darmstadt, 31. Okt. (N. Bad. Lndz.) Die Urwahlen werden schon Mitte November stattfinden. Das Kriegsministerium sehr, wie wir hören, von dem neuen Landtag die Bewilligung sehr bedeutender Geldmittel zu verschiedenen militärischen Zwecken verlangen.

Frankfurt, 31. Okt. (W. Stkz.) Die bisher von öffentlichen Blättern gebrachten Angaben über die neue Gestaltung, welche die Verfassungsverhältnisse und die Verwaltung der vormaligen freien Stadt Frankfurt erhalten würden, sind nichts weiter als mehr oder weniger genaue Auszüge aus diesfälligen Vorschlägen, die in Berlin zur Vorlage gekommen. Das preussische Staatsministerium wird, wie man in verlässiger Weise vernimmt, wahrscheinlich erst gegen Ende Novembers seine schließlichen Entscheidungen in Bezug auf die politischen und administrativen Verhältnisse Frankfurts, sowie über die Frage fassen, ob und in welcher Weise die Kriegskontribution von sechs Millionen Gulden, die von der Stadt Frankfurt bei ihrer Okkupation durch die preussischen Truppen hatte entrichtet werden müssen, zurückzugeben wäre.

Frankfurt, 1. Nov. Bekanntlich hat der Vorsitzende des Abgeordnetentags die Mitglieder desselben auf den 11. d. M. nach Eisenach zu einer Sitzung zusammenberufen und auch der 36er Ausschuss sollte gleichzeitig dort zusammentreten. Inzwischen sind aber von verschiedenen Seiten gegen Ort und Zeit Anstände erhoben und in Folge dessen beide Sitzungen bis auf Weiteres aufgeschoben worden. Man hofft jedoch auf eine baldige Verhängung.

Luzern, 29. Okt. (Köln. Ztg.) Bei der Eröffnung der Sitzung der Kammer des Großherzogthums durch den Prinzen Heinrich der Niederlande sagte dieser in Bezug auf die Verhältnisse Luxemburgs zu Deutschland und Preußen:

Seit Ihrer letzten Sitzung sind ernste Ereignisse vorgefallen. Das Großherzogthum hat mit göttlicher Hilfe die Krisis überstanden, ohne von den Kalamitäten des Krieges betroffen zu werden, in welche die Mehrzahl der Staaten von Deutschland hineingezogen wurden. Der

Friede ist wieder hergestellt, aber die Bande, welche die Verträge von 1815 unter den verschiedenen verbündeten Staaten geschlossen hatten, sind zerrissen. Durch sein in der Sitzung des Bundestages abgegebenes Votum den ersten Ursachen des Konflikts fremd geblieben und seine Neutralität bereits vor dem Krieg erklärt habend und als neutral anerkannt, wünscht das Großherzogthum, gestützt auf sein Recht, gegenüber den Umgestaltungen des alten Bundes seine Unabhängigkeit zu bewahren. Ich widme meine Bemühungen der Erfüllung dieses rechtmäßigen Wunsches. Die Stellung der Stadt Luxemburg als vormalige, durch preussische Truppen besetzte Bundesfestung hat Anlaß gegeben zu einem ersten Austausch von Noten, welche durchaus freundlicher Art gewesen sind.

Kassel, 31. Okt. Erst jetzt werden durch die „Kassel. Ztg.“ von Hanau aus die Bestimmungen des Vertrags bekannt, den der Kurfürst von Hessen mit Preußen abgeschlossen hat. Die Mittheilungen des genannten Blattes sind reichlich ausgestattet mit polemischen Einstreunungen; wir lassen dieselben möglichst bei Seite und entnehmen dem Artikel folgende wesentlichere Punkte:

Der § 1 enthält die Voraussetzung, von welcher preussischer Seite die Wirksamkeit des Vertrags abhängig gemacht war, daß nämlich der Kurfürst die Eidesbindung der Unterthanen, der Truppen und der Staats- und Hofdiener ausspreche. § 2 spricht sodann die Anerkennung des fortdauernden lebenslänglichen Nuzniehungsrechtes des Kurfürsten an dem gesammten Kurfürstl. heß. Familien-Fideikommiss aus, und zwar sowohl bezüglich des Hausgutes, als auch der zum Fideikommiss gehörigen Immobilien, Mobilien und Berechtigungen und des durch anderweitige bausgelegliche Bestimmungen konstituirten fideikommissarischen Vermögens jeder Art. Auch die unveränderte Fortdauer der rechtlichen Natur des kurfürstl. heßischen Fideikommisses wird im Allgemeinen in diesem Paragraphen anerkannt, der jedoch gleich unter Hinweisung auf die durch Erreichung von Staatszwecken oder sonstige politische Rücksichten gebotene Beschränkung die folgenden Bestimmungen einleitet, von denen die erste noch im § 2 selbst die Uebertragung aller derjenigen Rechtsansprüche an Preußen enthält, welche der Kurfürst unter irgend welcher Voraussetzung an die Staatsdomänen erheben zu können glaubt. Im § 3 wird nun bestimmt: 1) Daß die Direktion des Hausgutes künftig auf Vorschlag des Kurfürsten von der Krone Preußen ernannt werden soll, während E. H. H. das Recht bleibt, zu jeder Zeit die Revision der Amtsführung der Direktion, sowie des Bestandes des Hausgutes zu verlangen. 2) Die Verwaltung des übrigen Fideikommiss-Vermögens verbleibt den jetzigen damit betrauten Verwaltern und Beamten, von denen jedoch darüber, wessen Behörden sie sein sollen, bzw. daß sie aufhören sollen, Bescheid des Fideikommiss-Zubehörs zu sein, im Vertrag nicht gesagt ist, der nur bezüglich derselben noch festsetzt, daß ihre Benennung als Hofbeamten in Wegfall kommen und durch die von Fideikommiss-Beamten (also nicht Beamten der Krone) ersetzt werden solle. 3) Das Museum und die Bildergalerie sollen einem angemessenen Kunstgebrauch geöffnet bleiben, und die zur Bildergalerie gehörigen, gegenwärtig anderswo etwa aufbewahrten Bilder in diese zurückgeführt werden. Der § 4 handelt von dem Recht des Kurfürsten auf die Hofdotationssumme, die sogenannte Bißliste, ein Recht, das besonders wegen des für das Kurhaus unerlösen Charakters jener Vereinbarungen, aus denen es erworben ist, hat anerkannt werden müssen. Der Kurfürst solle jedoch nicht die volle Summe, sondern nur diejenigen Ueberschüsse erhalten, welche nach Abzug verschiedener Etatsposten der jetzigen Hofverwaltung verbleiben. Unter diesen Posten, welche nach dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre fixirt werden sollen, und innerhalb deren die betreffende Verwaltung fortzuführen ist, befinden sich

außer dem Titel „Besoldungen und Pensionen der Hofdiener“, soweit dieselben nicht von dem Kurfürsten übernommen werden, oder eine andere Verwendung erhalten (vgl. S. 8), namentlich der Bauverlag, Beitrag zum Theater, Schweizerer Monlag, Leibgilt Beberbeck u. s. f. Bezüglich des Titels „Baufonds“ ist jedoch bestimmt, daß bei dessen Berechnung die baulichen Unterhaltungskosten für die Schlösser in der Provinz Hanau ausgeschlossen sein sollen, und in Betreff des Titels „Besoldungen“ findet sich die für die Hofdiener wichtige Bestimmung, daß es jedem derselben freistehen soll, zu jeder Zeit und abgesehen von den sonst die Pensionierung bedingenden Gründen in der Pensionenstand mit der gesetzlichen Pension zu treten. Statt der oben erwähnten Ueberschüsse offerirt Preußen im § 5 dem Kurfürsten die Abfindungssumme von 600,000 Thlrn. Sie soll die Abfindung für eine dem Kurfürsten persönlich zuzehende, unanfechtbare lebenslängliche Rente sein; der Kurfürst hat bis dahin sich noch nicht darüber entschieden, ob er sie annehmen oder ausschlagen will. Die §§ 6 und 7 betreffen die Pensionierung der Schlösser. Danach hat der König von Preußen die alleinige Bestimmung über die Schlösser in Kassel (Schloß Bellevue) und Wilhelmstode; der Kurfürst behält das alleinige ungestörte Pensionierungsrecht der Schlösser in der Provinz Hanau, verzichtet dagegen auf die eigene Pensionierung der Schlösser in den übrigen Landtheilen. Der § 8 bezieht sich auf die Hofdiener-Frage und bestimmt, daß der Kurfürst sich die zu Altershöchster persönlicher Bedienung bestimmten Diener bezeichnen, deren Besoldung Altershöchster demnach auf den eigenen Etat zu übernehmen gewillt sind. Den übrigen Hofbeamten und Hofdienern soll ihr selbstiges Einkommen verbleiben unter der Voraussetzung, daß dieselben sich in angemessener Weise verwenden lassen wollen und können. Ebenso verbleiben ihnen ihre bisherigen Pensionsansprüche. § 9 erkennt das freie Verfügungsrecht des Kurfürsten über sein Privatvermögen als selbstverständlich an, und im § 10 wird den von dem Kurfürsten zu erkennen gegebenen Wünschen die geeignete Berücksichtigung zugesagt. Diese Wünsche beziehen sich außer dem oben erwähnten, die Erhaltung der an die Fahnen und Regimenter geknüpften ruhmvollen Tradition der kurheßischen Truppen betreffend, auf die von dem Hause Rotenburg während des Krieges geleisteten Verdienste und die wohlverdienene Rechte der wegen ihrer im kurfürstlichen Interesse geleisteten Dienste ihrer Stellen und Gehalte verlustig erklärten Beamten.

Leipzig, 30. Okt. (Nürnb. Corr.) Zum Direktor des dem Finanzminister v. Friesen übertragenen auswärtigen Departements, zu welchem namentlich auch die Bundesverhältnisse Sachsens gehören, ist der ehemalige sächsische Bundestags-Gesandte, Geh. Rath v. Bose, ernannt. — Der bisherige preussische Zivilkommissar v. Wurmb ist angewiesen worden, bis zur Ankunft des zu ernennenden preussischen Gesandten in Dresden zu verbleiben. — Der frühere preussische Gesandte, Hr. v. Schulerberg, wird nach Dresden nicht zurückkehren, wo sein Verhältnis zum sächsischen Gouvernement in letzter Zeit ein sehr gespanntes war. — Polizeidirektor Schwaub in Dresden hat sein Amt wieder angetreten. — Die im Friedensvertrag von Sachsen an Preußen abgetretene Bahnstrecke Löbau-Oderlitz ist etwa 3 1/2 Meilen lang, und ein Theil der sächsischen Staatsbahn. Preußen hat diese Strecke für eine Million Thaler übernommen, während Sachsen bereits Ende 1856 auf jede Meile der betreffenden Bahn ein Anlagekapital von 510,177 Thlr. verwendet hatte. In dem Artikel 22 des Friedensvertrages ist die völkerrechtlich wichtige Frage, ob die Betriebsmittel der Staats-Eisenbahnen als Kriegsbeute zu betrachten sind, verneinend entschieden worden.

Ks. Gretchen O'Brien.

(Fortsetzung aus Nr. 261.)

Ich nahm ihn auf mein eigenes Zimmer. Es war dies eine große Stube am Ende eines langen Ganges, auf den rechts und links die Thüren anderer Zimmer herausgingen. Man gelangte über drei breite Stufen zu ihr, und von ihr öffnete sich ein geräumiges Ankleidezimmer. Du erkennst Dich ihrer vielleicht nicht mehr, Robert, denn sie sind seitdem außer Gebrauch gekommen. In den entferntesten Winkel des Ankleidezimmers wurde meines Onkels Koffer geschickt, und er selbst begann nun die Dade der Baden und das Gewicht der Eisenstangen, die sie befestigten, die Stärke des Holzgetriebs der Thüre, die Verlässlichkeit der Schlösser und sogar den Bart an den Schlüssel zu untersuchen. Ich hatte die Laden für gut gehalten, er war aber mit ihnen nicht zufrieden. Als er einen ein wenig öffnete, um einen argwöhnischen Blick hinaus auf den weißen Mond und Schnee zu werfen, schlug plötzlich ein krausköpfiger Epheubüschel an die Scheibe, daß ihm darob die wunderlichen Sinne schier vergingen. Er ließ auf der Stelle das Fenster zuschrauben, und schickte eilig einen Reitenden nach dem Schmied, der unsern Wagen ausgebeßert hatte, um sich von ihm eine wundervolle eiserne Ladenhänge machen zu lassen, zweimal so groß und schwer, als jene, die seit Geschlechtsreife zur Hut von Leben und Eigentum im Ballybudamorer Gutshaus genügt hatten. Dann ließ er innerhalb der bereits beschriebenen und sorgfältig zugeordneten Vorhänge noch eine Garnitur anbringen, Sandfäden an jeder Stelle, wo auch nur eine Möglichkeit von einer Ritze im Holzwerk vorhanden war, hinlegen, wobei er zugleich eine Schichte Kohle um die andere dem heftig hellbrennenden Feuer zuthat, bis der Kaminherd wie ein Schmelzofen zu glühen anfing. Erst jetzt hielt er für angemessen, mich zu beachten, wie er in meinem Armstuhl, dem Feuer zugewandt und seine dürren Knochenfinger an den Flammen wärmend, saß. Er war nur ein paar Tage zuvor in England angelom-

men, hatte mich dabei nicht gefunden, und war mir hierher nachgereist. Ich zog ihn scherzend über seine wunderbaren Anstalten auf. „Et! Nefse!“ sagte er mit einem geängstigten Blick, den der tanzende Feuerchein auf seinem Pergamentgesicht heigerte, „es sind Geld, Schätze, Geld, Juwelen darin! Du meinst doch nicht, Junge, ich hätte meine Jugend und Gesundheit für nichts und wieder nichts verkauft dort drüben? He?“
„Warum schleppst du dich aber hier damit, zu deiner Angst und Plage. Warum nicht lieber sicher in einer Bank in London lassen?“
„Lassen?“ und er starrte mich dabei an, wie einen Hauseinbrecher, „Lassen — mich trennen von Dem, was ich so hart erworben? Wegschicken meine Erbschaft an die H. H. So und So? O! He, Nefse, was für ein einseitiger Schulknaube bist du doch noch! Na, du wirst die Welt mit der Zeit kennen lernen, mein Jüngelchen.“
„Na, nu!“ sagte ich; „du kommst doch herunter, meine Bekannten kennen zu lernen?“ Ich habe Dir schon gesagt, Robert, daß dieses Zimmer am Ende eines langen Ganges lag. Dort lief ein anderer Gang, ein kürzerer, querüber, von dem die Treppe hinabging. Wie mein Onkel und ich der Treppe zu um die Ecke bogen, öffnete sich plötzlich eine Thür vor uns, und zwei weibliche Gestalten erschienen unter ihr, die der Feuerchein im Gemach hinter ihnen hell hervorleuchtete ließ. Lucretia Fitzgibbon, den Arm anmuthig um die Hüfte Gretchen O'Brien's geschlungen. . . ! Gedachte das Gestirn aller Salons das arme schwarze Schicksal aus den Bergen bei diesem feinen ersten Eintritt in die Gesellschaft zu begnügen? Die Thüren ihrer Zimmer standen einander auf dem Gang gegenüber. Lucretia war gütig über gestreut, hatte sich der glühenden Debutantin vorgestellt, und sie unter ihre Fittige genommen. „Gute Lucretia!“ hätte ich fast laut gerufen; doch die Vorplatzlichter fielen voll auf die Gesichter der beiden Hinabsteigenden, und die Augen und Zähne der Dame schienen mir fallischer zu blitzen als zuvor. Die gnädige Frau trug ein blaßgelbes Seidkleid, mit

weiten reichen Falten, aufgeschuppt mit Spitzen und Diamanten; Gretchen trug einen engen langen schwarzen Rock von almodischem Brokat, den sie aus irgend einer Uraltmutter Kleiderkiste, die auf irgend einem dunkeln obern Gang des Briener Schlosses stand, an's Licht gezogen haben mußte, Hals und Hände umfingende weiße Muslins-trausen, um den Kopf schlang sich ein schwarzes Band, das das krause Haar aufstakete, und auf dem Scheitel in eine kleine Schleife geknüpft war. Wie sie vor uns rasch in die Halle unten glitten, zwickte mich Onkel Celsus so arg in den Arm, daß ich zusammenfuhr:
„Wer ist Die, Nefse? Bei allen Diamanten, die je funkelt, so ein Weib habe ich, seit ich ein junger Mensch war, nicht gesehen!“
„Welche?“ frug ich.
„Nicht die aufgetafelte Gelbe,“ verjette er, „sondern Die mit dem Band um den Kopf.“ (Fortsetzung folgt.)

Freiburg, 31. Okt. Gegenüber den Nachrichten der Schweizer Blätter, daß hier die Cholera herrsche, erklärt der groß. Bezirksarzt Dr. v. Wänker zur Beruhigung des Publikums in der Nähe und Ferne, namentlich auch zur Beruhigung der Reisenden, daß hier noch gar nie ein Fall von Cholera vorgekommen ist, und fügt dem bei, daß selbst in dem ganzen Kantonsgebiete dießseits der Rurg noch kein derartiger Fall vorgekommen.

Karlsruhe, 2. Nov. Wir glauben im Interesse des Publikums auf das Konzert zu Gunsten der Kriegsbefähigten der Laub- und Waingegend am Samstag im großen Saal des Museums besonders aufmerksam machen zu müssen. Hr. Konzertmeister A. Birzel hat, um den Kunstgenuß zu erhöhen, eine jugendliche amnuthige Sängerin, Frln. Franziska Panocha aus Stuttgart, die sich auch außerhalb Württembergs schon einigemale ehrenwerthen Ruf erworben hat, zur Mitwirkung veranlaßt.

Hannover, 31. Okt. (Nat.-Ztg.) Auf die Eingabe der Handelskammer und des Handelsvereins zu Hildesheim um Förderung der projektirten Eisenbahnen Goslar-Hildesheim und Hameln-Elze hat der Zivilkommissar geantwortet, daß zufolge Ministerialentscheidung dem Ausbau der beiden Bahnen aus Staatsmitteln zur Zeit nicht näher getreten werden könne, daß aber das bisher verfolgte Prinzip, im ehemaligen Königreich nur Staatsbahnen zu bauen, nicht weiter aufrecht erhalten, vielmehr Privatwerbem in Erbauung von Eisenbahnen freie Konkurrenz gelassen werden solle.

Bremen, 31. Okt. (Wes.-Z.) Durch Mittheilung vom 26. Okt. hat der Senat der Bürgerschaft erklärt, daß er in Betreff der Wahlen zum Parlament auch seinerseits mit den Vorschlägen der berichtenden Deputation, unter der von der Bürgerschaft beantragten Modifikation, daß die aktive und passive Wahlfähigkeit auf die Angehörigen der dem Norddeutschen Bunde beigetretenen Staaten beschränkt werde, sowie auch damit einverstanden sei, daß der Deputation zur Leitung der Vertreterwahlen, deren Personalbestand er seinerseits für diesen Zweck um ein Mitglied in der Person des Hrn. Senators Weinbagen verstärkt hat, die Leitung der Wahlen zum deutschen Parlament in der Stadt Bremen zugewiesen werde.

Hamburg, 29. Okt. (Nürnb. Korr.) Die „Hamburg-Nachrichten“ plädiren heute für den engsten Anschluß Hamburgs an den Zollverein. Bislang habe Hamburg sich allerdings ohne wesentlichen Nachtheil isolirt halten können; wenn aber der bevorstehende Eintritt Schleswig-Holsteins-Lauenburgs und beider Mecklenburge erfolgt sei, müsse es in einem innigen Verkehr mit dem Innern Deutschlands Entscheidung suchen. Ein Freihafe könne niemals den erwünschten Segen bringen. Von den zu einem Gutachten für die einschlägigen Verhältnisse aufgeführten hiesigen Geschäftsleuten der verschiedenen Branchen hat die eine Hälfte sich für die andere sich gegen den Anschluß an den Zollverein ausgesprochen. — In bestimmter Form wird für Altona die Gründung einer preussischen Militär-Bildungsanstalt zur Ausbildung von Offiziersaspiranten angekündigt.

Aus Holstein, 30. Okt. (Sch. M.) Der Verein gegen die Theilung Schleswigs erfreut sich der wachsenden Theilnahme aller deutschgesinnten Männer; die Mitglieder desselben zählen schon nach Tausenden. — Unter den Leitern der ehemaligen schleswig-holsteinischen Vereine herrscht augenblicklich großer Zwiespalt. Ein Theil derselben verlangt, daß man die Konsequenzen der Thatfachen anerkenne, wird begehrt jedoch von den Andern, welche die Politik der Negation empfehlen, des Verraths oder mindestens der Gefinnungslosigkeit geziehen. Wenn diese Andern unter den ehemaligen Führern auch in der Mehrheit sind, so ist doch nur die Minderheit der Beobachtung der Ansicht, daß es die Pflicht der Schleswig-Holsteiner sei, nach der Annexion gleichsam eine polnische Fraktion zu bilden. Die Mehrzahl sehnt sich vielmehr, endlich aus dem Zwitterzustand herauszukommen.

Kiel, 29. Okt. Wie verlautet, werden von der hiesigen Regierung namentlich Maßregeln zum stärkern Schutz der schleswig'schen Westküste und partiellen Rückgewinnung des im Lauf der Jahrhunderte durch den Andrang der Meereswellen verloren gegangenen Arealis in's Auge gefaßt.

Kiel, 31. Okt. Durch Reskript des Oberpräsidenten ist der „Kieeler Zeitung“ gestattet worden, wieder zu erscheinen.

Berlin, 31. Okt. Der „Pr. Staatsanz.“ meldet: Die Verfügungen, welche in der Einrichtung des Konsularwesens durch die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt mit der preussischen Monarchie notwendig geworden, sind am 25. d. M. von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ergangen. Sämmtliche preussische Konsularbeamte sind angewiesen, die konsularische Vertretung der Angehörigen der mit Preußen vereinigten Länder zu übernehmen und denselben gleichwie andern preussischen Unterthanen Schutz und Beistand zu gewähren. Die bisherigen Konsularbeamten von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt im Ausland sowohl wie in Preußen sind ihrer Funktionen entbunden. Dergleichen sind die preussischen Konsulatsposten, welche bisher in den gedachten Ländern, sowie in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestanden haben, eingezogen.

Es sollen jetzt Verhandlungen mit Dänemark über die Begrenzung des Distrikts von Nordschleswig, in welchem eine Volksabstimmung erfolgen wird, begonnen haben. Angeblickt hat man eine Linie in's Auge gefaßt, welche das Herzogthum Schleswig zwischen Hadersleben und Christiansfeld bei dem Dorf Tjelstrup durchschneidet.

Berlin, 1. Nov. (Fr. Z.) Das erwartete Avancement der Militärgenossen ist heute publizirt worden, und bereits Vormittags wurden viele beförderte Offiziere vom König empfangen. General v. Falckenstein hat das Kommando des ersten Armeekorps, Generaladjutant v. Alvensleben das des vierten, General v. Tümping das des sechsten, und General v. Baitow das des siebenten erhalten. — Nach der Berliner „Post“ wird General Steinmetz auf den Wunsch des Kaisers von Rußland den Kronprinzen nach Petersburg begleiten.

Berlin, 1. Nov. Wie verlautet, ist von Seiten der hiesigen Regierung die förmliche Herstellung des norddeutschen Bundes und dessen Organisation in nächste Aussicht genommen. Binnen kurzem sollen mit sämmtlichen verbündeten Regierungen gemeinsame Verhandlungen stattfinden, um den Verfassungsentwurf zu vereinbaren, welcher dem Parlament des norddeutschen Bundes vorgelegt werden soll. Dem Vernehmen nach werden zu diesem Zweck Bevollmächtigte der Regierungen nach Berlin kommen. Die Berufung des Parlaments soll dann erfolgen, sobald die Umstände es irgend gestatten. Vorher dürfte aber jedenfalls der Schluß des nächsten preussischen Landtags abgewartet werden. Ein neuerlicher Artikel der „Kreuz-Ztg.“, welcher im Interesse

einer größern Beruhigung der Gemüther namentlich auch in den neu erworbenen Landesgegenden Preußens sich für das möglichste Hinausschieben der Parlamentswahlen erklärte, hat vielfach die Meinung hervorgerufen, als würden hier an maßgebender Stelle ähnliche Ansichten gehegt. Wie uns indessen von wohlorientirter Seite versichert wird, ist die Regierung keineswegs gefonnen, diese Wahlen zu verzögern. Vielmehr soll es in ihren angelegentlichen Wünschen liegen, sobald als thunlich in jeder Richtung eine feste Gestaltung des norddeutschen Bundes herbeizuführen. Dazu rechnet man aber in erster Reihe die definitive Feststellung der Bundesverfassung. Nach hiesiger Meinung soll die Ausschreibung der Wahlen zum Parlament schon im Anfang des nächsten Jahres zu erwarten sein. Als den wahrscheinlichsten Termin für das Zusammentreten des Parlaments nimmt man den Monat März l. J. in Aussicht. — Mit Unrecht wird von mehreren Seiten die jegige Einberufung des lauenburgischen Landtags als ein Schritt zur Verwandlung der Personalunion Lauenburgs mit Preußen in eine Realunion gedeutet. Diese Frage dürfte erst dann in Erwägung kommen, wenn es sich um die Einverleibung der Elbherzogthümer handelt. Den jegigen Anlaß zu der Landtagsberufung bilden die Wahlen zum norddeutschen Parlament und der beabsichtigte Anschluß Lauenburgs an die preussische Militärorganisation. So lange die lauenburgische Verfassung in Geltung ist, sind solche Angelegenheiten mit dem dortigen Landtag zu vereinbaren. — Die durch mehrere Mandatsniederlegungen nöthig gewordenen Nachwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus werden zum Theil durch Ergänzungswahlen in den Wahlbezirken verzögert. Wie verlautet, sind die Budgetarbeiten in den einzelnen Ministerien und die Beratungen des Staatsministeriums über das Budget so weit gediehen, daß der Staatshaushalts-Etat dem Abgeordnetenhaus wahrscheinlich schon gleich nach dessen Konstituierung vorgelegt werden können. Die jegigen Beratungen des Staatsministeriums betreffen dem Vernehmen nach hauptsächlich die Vorlagen, welche außer dem Budget noch beim Landtag eingebracht werden sollen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. Okt. (Schw. M.) Daß Graf Belcredi trotz der Berufung des Hrn. v. Beust im Amt bleibt, hat über- rascht. Es muß demnach eine Transaktion gefunden worden sein, von welcher wir nur hoffen wollen, daß in ihr nicht bloß die Privatinteressen der beiden Herren am günstigsten fahren. In der ungarischen Frage hat der Staatsminister jedenfalls nachgegeben. Der ungarische Hofkanzler hat sein Entlassungsgesuch zurückgenommen, nachdem die sofortige Einberufung des Landtags, die Annahme des Deal'schen Ausgleichsvorschlags und die Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums zugesichert worden ist. Weiter vernimmt man, daß in Prag beschlossen wurde, die Eüstungspolitik abzuschließen und die „innere Aktion“ nun wirklich zu beginnen. Es ist damit die höchste Zeit. Die erwachten Nationalitäten und deren widerprechende Forderungen, die zum Leben gereizten abgestorbenen Staatsrechte bildeten die Unterlage der unfruchtbareren und rückläufigen „freien Bahn“. Die Wölfer brauchen aber einen festen Boden, auf dem sie sich weiter entwickeln, das Schwankende und Unsichere der Zustände macht sie reizbar und nervös. Nicht die „freie Bahn“ zur Erfindung einer neuen Staatsform, nur die Verfassung selbst ist es, die trotz aller Parteilosen Sicherheit und Beruhigung gewährt, und nur so lange die Parteien sich innerhalb einer bestehenden Verfassung bewegen und entwickeln, können sie dem Staate selbst Kraft verleihen, im andern Fall nur Schwächung.

† **Wien, 30. Okt.** Aus Kairo kommt eine Nachricht von Interesse. Der Vizekönig von Egypten bereitet sich für eine im nächsten Frühjahr anzutretende Reise vor, die ihn an alle große europäischen Höfe führen und in Konstantinopel abschließen würde. Es liegt dieser Reise wesentlich die Absicht zum Grunde, die Mächte für eine Kombination zu stimmen, die ihn, und zwar gegen Kapitalisierung des jetzt der Pforte zu entrichtenden Tributs, zum vollständig unabhängigen Souverän machen würde. Die ihm bereits gewährte Erblichkeit seiner Dynastie läßt ihm ein solches Ziel nicht als unerreichbar erscheinen. Es mag sich übrigens daran die Mittheilung knüpfen, daß die österreichische Regierung Anlaß genommen hat, ihn zu der letztgedachten Errungenschaft ausdrücklich beglückwünschen zu lassen.

Wien, 31. Okt. Die „Presse“ schreibt: Hr. v. Beust wollte, wie man uns berichtet, heute früh von Prag abfahren; er kann also mit dem Abendzug in Wien eintreffen. Spätestens erwartet man den neuen Minister morgen früh, um sofort die Leitung des Ministeriums zu übernehmen. Graf Mensdorff, sobald er seinen Nachfolger in sein Amt eingeführt, wird an die Vertreter Oesterreichs an den auswärtigen Höfen eine Zirkularbescheide und an das hiesige diplomatische Korps eine Zirkularnote richten, um ihnen anzuzeigen, daß Se. Maj. ihn auf seine Bitte von dem Posten eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten entbunden habe. Graf Mensdorff tritt nicht in die militärische Laufbahn zurück, sondern bleibt einwillen in Disponibilität. Er geht den Winter über in Wien zuzubringen. Es stand zu erwarten, daß der Wechsel in der Person des Leiters der äußeren Angelegenheiten auch einige Modifikationen im auswärtigen Amt nach sich ziehen werde. Heute meldet man uns, daß das bisher unter wesentlich andern Voraussetzungen von dem Geheimrath v. Biegeleben geführte Referat für die deutschen Angelegenheiten nunmehr Ritter v. Haymerle erhalten solle. Dieser junge Diplomat führt bekanntlich seit dem Friedensschluß mit Preußen interimistisch die Geschäfte der Berliner Gesandtschaft, in Frankfurt angestellt. — Zum österreichischen Gesandten in Florenz soll nun definitiv Baron Kübeck ernannt sein, und sich schon demnächst auf seinen Posten nach Florenz begeben.

Wien, 31. Okt. (A. Ztg.) In den nächsten Tagen wird, wie ich verlässlich erfahre, die Einberufung auch des ungarischen Landtags, und zwar für denselben Tag

(19. Nov.), publizirt werden, an welchem die sämmtlichen übrigen Landtage zusammentreten. Die Regierung wird dem Landtag ohne neue Konzeptionen, also vor allen Dingen ohne ein verantwortliches ungarisches Ministerium gegenüber treten; aber sie wird auch umgekehrt keine einzige Konzeption zurücknehmen oder schmälern, zu der sie sich bisher bereit gefunden. — Der Staatsminister Graf Belcredi wird gutem Vernehmen nach nicht, wie es anfänglich im Plan lag, schon jetzt, sondern er wird erst mit dem Kaiser selbst nach Wien zurückkehren.

Wien, 1. Nov. Das „Wagner. Tel. Korresp.-Bur.“ meldet: „Der angebl. Attentäter Pust ist gestern bei Untersuchungshaft entlassen worden. Das Attentat erscheint ein Humbug des erzentrtschen englischen Kapitäns Palmer. Der Kaiser selbst sprach sich für Fiktionsvermutung aus.“

Italien.

Mailand, 29. Okt. (Schw. M.) Der „Affondatore“, jenes Schiff, welches nach der Schlacht bei Lissa in Folge eines Sturmes bei Ankona unterging, wird, wie man versichert, in einigen Tagen vollends geborgen sein. Es gilt jetzt die Entfernung der umgekehrten auf ihm befindlichen beweglichen Last, welche aus ungefähr 6 bis 700 Tonnen Kisten, den Armstrong-Kanonen, nahe an 40 Tonnen, den Thürmen, welche 50 Tonnen ausmachen, besteht. — Die Cholelaxia tritt in Palermo heftig auf, die offizielle Zeitung meldet vom 23.—24. Okt. 155 Fälle, darunter 73 Tode und 49 Tode von den vorhergehenden Tagen. In Venedig herrscht sie fast nur noch unter den Truppen, und es sind neuerdings alle Wechsel der Garnisonen verschoben.

Venedig, 30. Okt. Das amtliche Endergebniß der Volksabstimmung in Venedig ergab: 651,758 Stimmen mit Ja, 69 mit Nein; 273 Stimmen wurden für nichtig erklärt, meistens, weil sie ungebührige Zulassbedingungen enthielten.

Belgien.

Brüssel, 30. Okt. (Fr. Z.) Die Regierung ist heute abermals bei den Kommunalwahlen geschlagen worden. Die gesammte Liste des Meetings ist mit großer Majorität durchgegangen, wie wir es vorhergesagt. Der Oberstleutnant Brialmont ist von Wien, wo er sich aufhielt, während hier seine Broschüre über die militärische Reorganisation erschien, vom Kriegsminister, Baron Chazal, nach Brüssel berufen worden. Hr. Brialmont dürfte schwerlich einer Nütze, ja selbst einer Disziplinarstrafe entgehen, sofern ihn der königl. Einfluß nicht deckt. — Baron Chazal's Entlassungsgesuch wird angenommen. — Die Nachrichten über das Befinden der Kaiserin Charlotte, welche uns aus bestunterrichteter Quelle zugehen, lassen das Schlimmste befürchten. — Der Prinz und die Prinzessin von Joinville sind seit gestern aus Ungarn hier eingetroffen. — Morgen wird die Jury ihren Spruch über den türkischen Obersten Rist-Allah fällen; man glaubt an seine Freisprechung.

Brüssel, 31. Okt. (Köln. Ztg.) Die Gemeinderath's-Wahlen beschäftigen augenblicklich das ganze Land. Die Parteien scheinen sich ziemlich die Waage zu halten. Ungewöhnlich ist es, daß Gent, Brügge und Löwen, welche Städte sonst, besonders die zwei letztgenannten, Hauptorte der clerikalen Partei sind, liberale Kandidaten gewählt haben; in Antwerpen dagegen siegte die sogen. Meetingpartei gegen die liberale Assoziation.

Niederlande.

Aus dem Haag, 28. Okt. (Nat.-Ztg.) Der Bürgermeister von Rotterdam hat den Wählern die königl. Proklamation durch die Post zugehen lassen, mit dem Vermerk: „Verhandelt von dem Bürgermeister von R., auf wiederholtes Andringen des Hrn. Ministers des Innern.“ In der Residenz haben manche Wähler dem Bürgermeister die „farbigen Papierchen“ zurückgeschickt, indem sie sich jede Einmischung in ihre Wahlfreiheit verbat. Wo ein Gemeindevorstand, nach dem Willen der Minister, die Proklamation erläutert, da wird sein Schreiben von den liberalen Blättern mitgetheilt, und man verhöhnt ihn als einen eingebildeten Tropf, der sich begeben lasse, seine Expektationen vermöchten dem königl. Worte größeren Nachdruck zu verleihen. In den liberalen Blättern werden bereits die Artikel der Verfassung erörtert, auf die eine Ministeranklage gegründet werden könnte. Doch wird man sich vermutlich mit der Entlassung des Ministeriums begnügen. Eine glänzende Niederlage ist ihm jedenfalls gewiß. — Unter dem Waffengeräusch des politischen Kampfes gedeiht doch denn jetzt ein großartiges Friedenswerk nach dem andern. Die Durchsetzung des Jihmus von Nordholland wird von vierhundert Händen rüstig gefördert; eine neue Eisenbahn nach der andern wird dem Verkehr übergeben; und so eben hat Prinz Alexander den Grundstein gelegt zu einer mächtigen Dampf-Wassermühle, welche an der Anstrodnung der Landseen gen Osten von Rotterdam arbeiten soll. Die Vorarbeiten zu der Trockenlegung der Südersee stehen auch nicht still. Gegen diese letztere Unternehmung, an sich großartig und fruchtbar, und jedenfalls der Vorläufer einer direkten Eisenbahn-Verbindung von Amsterdam mit Leenwarden und Groningen, werden natürlich lokale Interessen laut. Die Rotterdammer aber vertrekern mit ihrem Seem nicht nur einen eigentümlichen landwirtschaftlichen Reiz, sondern auch den herrlichsten Tummelplatz für das nationale Vergnügen des Schiffschiffauslaufs.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Okt. (Nat.-Ztg.) Heute ist in der offiziellen „Departements-Abende“ der königliche offene Brief erschienen, welcher die Einberufung des neu gewählten dänischen Reichstages zum 12. Novemb. verfügt. Der Reichstag wird sich in der nächsten Session hauptsächlich mit der Umgestaltung von Armeen und Flotte beschäftigen. — Der Kronprinz Friedrich ist heute mit Bord des Dampfschiffes „Sleswig“, in der Begleitung des Generaladjutanten von Kauffmann und dreier jüngeren Offiziere, zur Vermählungs-

feier nach Petersburg abgereist. — Das Organ des Standesinventions, „Zadrelaubet“, führt aus, daß man bezüglich der nordischen Abstimung nicht zu viel Vertrauen auf den Grafen Bismarck setzen dürfe. Allerdings sei der preussische Premier der nordischen Einheitsidee und dem Anschlusse Scandinaviens an das protestantische Norddeutschland nicht abgeneigt; allein die preussische Militärpartei, mit welcher der Premier rechnen müsse, sei gegen die Abtretung des geringsten Bruchtheils der preussischen Erwerbungen, und es sei deshalb dänischer Seite gegenüber der preussischen Politik aller Grund zum Mißtrauen vorhanden. — Nach Nordamerika sind zwei Artillerieoffiziere abgereist, um im Auftrag des Kriegsministeriums eine größere Partithe Interaktionsgewehre zu kaufen.

Rußland und Polen.

Kiga, 31. Okt. (Köln. Ztg.) Der Kronprinz von Dänemark ist heute Abend hier eingetroffen und sofort per Extrazug nach Petersburg abgereist.

Großbritannien.

London, 31. Okt. In England wie in Frankreich wird an der Verfertigung neuer oder der Umwandlung alter Schießgewehre eifrig gearbeitet; aber daß die Zündnadel es nicht allein thut, sieht man auch ein. Eine Umbildung des Heerwesens nach preussischem Muster würde in England auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, jedenfalls auf größere als in Frankreich, wo der eine Wille des Kaisers entscheidet. Auch diese Willensmacht dürfte sich nicht in allen Punkten allmächtig erweisen. Mit diesem Thema beschäftigt sich die heutige „Times“ auf Anlaß der Kommission, die in Frankreich zur Erwägung der im Heerwesen wünschenswerthen Aenderungen eingesetzt worden ist.

Der angebliche Zweck der beabsichtigten Reform — sagt sie — ist, für die bessere Verteidigungsfähigkeit des Landes zu sorgen und den politischen Einfluß Frankreichs auszuweiten zu halten. Die Maßregel hat vielleicht eine größere Tragweite und ein höheres Ziel; denn wir glauben nicht, daß Frankreich zum Schutz oder Trutz besser gewappnet sein könnte als es jetzt ist. Der Zweck, den wir dem kaiserlichen Plan beilegen möchten, ist eine Reform, welche die wirkliche Stärke der nationalen Armee erhöhen und zugleich die Mittel dem Zweck besser anpassen würde, die den Staat in Stand setzen soll, die möglichste Armee mit dem möglichsten geringsten Kostenaufwand zu unterhalten. Durch eine Organisation nach einer Art von preussischem Vorbild könnte die Armee in Friedenszeiten auf 300,000 Mann reduziert werden und doch in der Stunde der Noth 900,000 Mann stark ins Feld rücken. Das preussische System ist indessen nicht überall anwendbar. Die unerbittliche Gleichheit der preussischen Wehrpflicht würde den Franzosen als unnötige Härte erscheinen, so wie die fast lebenslange Dauer der Wehrpflicht dem Naturell und den Gewohnheiten des französischen Volkes widerstreiten würde. Kaum könnte der Kaiser eine Armee reform durchzuführen wollen, wodurch die jetzt schon fürchterlich hohe Staatsausgabe noch vermehrt werden müßte. Durch eine Nation in Waffen, die etwas von einer Armee Verstandes ist, hat Preußen jene neulichen Siege errungen, deren hochschöner Ruhm manche Franzosen noch immer nicht schlafen läßt. Frankreich organisiert sich wie Preußen zu einer Nation in Waffen, und wenn diese Aufgabe erfüllt ist, wird man finden, daß die Anlässe und die Anreize zu Angriffskriegen zugleich mit der Anzahl der stehenden Armeen sich vermindern werden.

Baden.

Karlsruhe, 1. Nov. (Bad. Anzeig.) Die gestern hier abgehaltene Synode der Städtischen Kirche fand in der kleinen Kirche statt. Die Verhandlungen waren lebhaft, doch ohne irgend welche Schöffheit. Die konservative Partei hatte keine Anträge gestellt und begnügte sich damit, die der Gegenpartei zu bekämpfen oder doch gegen dieselben zu stimmen. Doch fanden auch einige dieser Anträge mehr oder minder zahlreiche Zustimmung von jener Seite. Der Antrag von Pf. Längin: den bisherigen Katechismus als mangelhaft und ungenügend zu bezeichnen und den Wunsch auszusprechen, es möchten auch andere Katechismen zugelassen werden, wurde mit 11 von 20 Stimmen angenommen. Ein ähnlicher Antrag von Pf. Zittel in Betreff der biblischen Geschichte erhielt etwa 2 Stimmen mehr, und ein solcher bester Antragstellers auf Zugabe eines zweiten Bandes zur Agende (Kirchenbuch) wieder 1 oder 2 Stimmen mehr. Zittel's Antrag auf Revision der theologischen Prüfungsordnung wurde in einer Aenderungform des Vorstehenden, Kirchenraths Roth, einstimmig angenommen, und ebenso ein Antrag Zittel's: der evang. Oberkirchenrath möge die Herausgabe einer Sammlung kirchlicher Gesetze und Verordnungen unter Aufsicht eines Honorars und Vermittlung des Verlags unter seiner Oberaufsicht veranlassen und dabei, soweit es der zur Zeit geltende Rechtsstand erfordere, das Unbrauchbare durch erneuerte Verordnungen nach § 115 der Verfassung ersetzen. Auch ein Antrag von Hofprediger Doll: es möge das Klassifikationsgesetz dahin abgeändert werden, daß jedem Geistlichen der Bezug eines seinem Dienstalter entsprechenden — wenn auch noch so geringen — Minimalgehaltes zugesichert werde, fand einstimmige Annahme. Ebenso der von Domänendirektor v. Böckh ausführlich begründete Antrag, den evang. Oberkirchenrath zu ersuchen, auf den baldmöglichen Erlaß eines kirchlichen Umlagengesetzes (§ 117 der Verfassung) zu dringen. Die Synode hat durch die zu den Akten gegebenen eingehenden Begründungen einiger dieser Anträge dem evang. Oberkirchenrath zugleich ein scharflich nicht werthloses Material unterbreitet. Auch zwei andere Arbeiten zweier Synodal-Kommissionen wurden vorgelegt und deren Druck beschlossen: eine von Hofprediger Doll und Stadtpfarrer Zittel ausgearbeitete Denkschrift, die außergerichtlich große Sterblichkeit der unehelich geborenen Kinder betreffend, welche der Kreisversammlung vorgelegt und zugleich in Druck gegeben werden wird, und ein von Stadtpfarrer Längin redigierter Entwurf eines revidirten Landesstatistikums. Die Synode sprach den Wunsch aus, die Kommission möge diesen Entwurf durch den Druck der öffentlichen Beurteilung unterbreiten; nur könnte sie natürlich nicht, wie bei der erstgenannten Denkschrift, den Verlaß auf die Synodalkasse übernehmen. Die austretenden Synodal-Mitglieder wurden wieder erwählt und die Synode um 3 Uhr unter anerkennenden Worten des Vorstehenden geschlossen.

S. Pfortzheim, 2. Nov. Die auf letzten Montag hier abgehaltene Diözesanversammlung bot insofern ein besonderes Interesse, als der Antrag auf Aufhebung des den Kirchengemeinden zu-

stehenden Rechts der Pfarrwahlen auf die Tagesordnung gesetzt war. Der Antrag wurde durch Hrn. Pfarrer Kämmerer in Weiler in längerer Rede begründet, durch die Hrn. Pfarrer Reinmuth, Specht, Haag, Schmittner und Schäfer unterstützt, wogegen die Hrn. Domänenverwalter Dr. Rau als Referent, Direktor Proenza, Pfarrer Büttin, Fackmann, Maler und Diakonius Hauser denselben lebhaft bekämpften. Hr. Pfarrer Reinmuth von Dietlingen erweiterte den Antrag noch dahin, daß höher Orts die Revision der Kirchenverfassung erwirkt werden möge, wobei dann auch die Pfarrwahlen beschränkt werden sollten. Dieser Antrag wurde auch schließlich von etwa 2/3 der anwesenden Diözesanmitglieder angenommen. Den bezüglichen, zum Theil nicht besonders erquicklichen Verhandlungen ging die Berichterstattung über die religiösen und sittlichen Zustände der Diözesan-Gemeinden durch Hrn. Pfarrer Soos von Kieselbrunn voraus. In dem betreffenden Bericht wurden zwei der Besserung bedürftige Punkte besonders hervorgehoben, nämlich der mangelhafte Besuch der sonntägigen Gottesdienste und die große Sterblichkeit der unehelichen Kinder. Als Hauptgrund des letzteren wurde die mangelhafte Verpflegung der Kinder vieler Fabrikarbeiterinnen, welche dieselben fremden Leuten in Kost und Pflege geben, bezeichnet.

Bruchsal, 31. Okt. (Bad. Anzeig.) Dekar Becker von Dössa wurde heute in Folge allerhöchster Begnadigung aus der hiesigen Strafanstalt entlassen. Sein nächstes Reiseziel soll Belgien sein.

Am Oberrhein, 1. Nov. Wie wir hören, wird der kaiserliche Botschafter — derzeit bestehend aus den Hrn. Doktoren Ali, Kufel, Leberle, Schneider, Schwedter, Banotti und Wagner — am 5. d. M. sich in Basel versammeln.

Vermischte Nachrichten.

Stuttgart, 31. Okt. (Württ. Staatsanz.) In den nächsten Tagen sollen einige größere Pferde Transporte auf der Eisenbahn hier durchkommen, welche für französische Rechnung in Ungarn angekauft worden sind.

Darmstadt, 31. Okt. (Fr. Z.) Bekanntlich hat die Bürgergesellschaft Homburgs 3. Schritte gethan, um die in dem Schloß daselbst aufbewahrte Bibliothek und die sonstigen Kunstsammlungen, an welchen der hiesig-preussische Friedensvertrag dem Großherzog von Hessen Eigenthumsrechte vorbehielt, der Stadt zu erhalten. Diese Bemühungen sind jedoch erfolglos geblieben und befinden sich gegenwärtig Kabinettsbibliothek-Direktor Walther und Hofbibliothek-Sekretär Wendel zu Homburg, um die Verbringung der gedachten Gegenstände nach Darmstadt zu leiten.

Aus Holslein, 30. Okt. In dem bekannten Prozeß, den mehrere „Ritter“, an der Spitze Hr. v. Scheel-Wesfen, gegen den Redakteur der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ wegen eines Artikels in derselben über die bekannte Adresse der 19 angestrent hatten, ist auch der zweitinstanzliche Spruch zu Ungunsten des Beklagten ausgefallen. Die geforderte Schadenersatzsumme beträgt über 1000 Thlr.

Berlin, 31. Okt. Die „Prov.-Korr.“ gibt einen Bericht über den Munitionsvorbrauch der preussischen Infanterie im letzten Kriege: „Bei der Infanterie der ersten Armee (mit der 6. Armee), der zweiten und der Main-Armee, welche in Summe 268,000 Gewehre führte, beträgt der gesammte Munitionsvorbrauch (mit Einschluß der verlorenen und unbrauchbar gewordenen Munition) in rund der Zahl 1,850,000 Patronen. Es kommt daher auf jeden Infanteristen nur ein Verbrauch von 7 Patronen während des ganzen Krieges, wobei zu bemerken bleibt, daß der durchschnittliche Munitionsvorbrauch bei der Infanterie der Main-Armee, welche 40,000 Mann an Fußtruppen zählte, sich fast doppelt so hoch (11 Patronen pro Mann) beläuft, als bei der Infanterie der ersten und zweiten Armee (6 Patronen pro Mann), von denen erstere 109,000 Mann und letztere 119,000 Mann an Fußtruppen stark war. Selbst bei denjenigen Bataillonen, welche Stunden lang im Feuergefecht ausdauern mußten, findet sich kein erheblicher Munitionsvorbrauch vor. So verschob bei Nachod und Salsitz 3. B. ein Bataillon ungefähr 23,000, ein anderes bei Nachod 22,000, und ein drittes bei Trautenau 22,000 Patronen, woraus sich ein durchschnittlicher Verbrauch von 22 und 23 Patronen pro Mann ergibt — Zahlen, welche, in Anbetracht der längeren Dauer jener Gefechte, sowie mit Rücksicht auf die dabei mit bedruckten, durch zahlreiche Lobte und Verwundete verloren gegangene und unbrauchbar gewordene Munition, noch immer nicht beträchtlich genannt werden können, da sie kaum ein Drittel desjenigen Quantum ausmachen, welches jeder Infanterist als Taschenmunition, die sich nach jedem Gefecht ergänzen läßt, bei sich führt. Nicht durch unsere vortrefflichen Hinterladungswaffen allein — sagt die „Prov.-Korr.“ schließlich — ist mißlich der Sieg errungen — das weist der überraschend geringe Munitionsvorbrauch bis zur größten Gewissheit nach —, sondern die Intelligenz der preussischen Offiziere, die straffe Disziplin, die moralische Tüchtigkeit der Armee, mit Einem Wort, die Qualität unserer Truppen und die Genialität ihrer Führer haben ebenalls das Meiste dazu beigetragen, den altpreussischen Waffensiege durch neue Fortschritte aufzuführen. Unser vortreffliches Zündnadelgewehr hat jene treulich unterstützt, indem auch diese Maschine wird erst fürchtbar durch den Geist, der sie regiert.“

Aus Anlaß von Nachrichten Wiener Blätter über eine bevorstehende Verlobung der Erzherzogin Mathilde mit dem Prinzen Humbert meldet die „Wien. Ztg.“ aus guter Quelle, daß in den Audienzen des Generals Menabrea bei Sr. Maj. dem Kaiser und dem Erzherzog Albrecht von einer Bewerbung um die Hand der Erzherzogin nicht die Rede gewesen ist.

Aus Liverpool wird gemeldet, daß die Stürme der letzten Tage bereits mehrfache Opfer gefordert haben. So wurde die „Sunda“, ein schönes Schiff von 1381 Tonnen, die am Montag Nachmittag von Liverpool mit einer Ladung Kohlen für Aken ausließ, auf eine der Wänke im Queens Channel geworfen. Da das Schiff trotz aller Anstrengungen nicht wieder flott zu machen war, so ging der Schleppdampfer nach Liverpool zurück, um das Rettungsboot zu holen. Es kam noch eben zu rechter Zeit, um den Kapitän und sechs von der Mannschaft aufzunehmen, sechs andere hatte die wüthende See verschlungen. Nicht weit von dem Ort, wo die „Sunda“ ihren Untergang fand, ging auch ein Schooner zu Grunde, wie man fürchtet mit Mann und Maus. Noch von verschiedenen Schiffen wird gemeldet, daß sie in Noth seien, und man sieht mit Furcht einer längeren Reihe weiterer Schiffbrüche entgegen.

Unter den Deutschen in Mexiko hatte sich ein Komitee zur Unterstützung deutscher Verwundeten und Hinterbliebenen deutscher Krieger gebildet. Nach den neuesten Berichten von dort haben die

Sammlungen dieses Komitees bis zum 13. Sept. die ansehnliche Summe von 7904 Doll. 4 Gr. ergeben.

Karlsruhe, 30. Okt. (Großh. Verwaltungs-Gerichtshof.) In der heutigen öffentlichen Sitzung kamen, nachdem von den fünf auf der Tagesordnung stehenden Fällen einer durch Verzicht des Rekurrenten weggefallen war, vier Fälle zur Verhandlung. Drei davon, in welchen die Hrn. Anwälte Eppinger von Eppingen, Wolff, Gutmann und Max Jüßli von hier aufgetreten sind, betrafen den Antritt des angebornen Bürgerrechts und die bürgerliche Aufnahme der Verlobten. In zwei Fällen rekurrierte die Gemeinde; beide Male wurde aber das bezugsfähige Erkenntniß bestätigt. Im dritten Fall wurde der Rekurs des Bewerbers wegen Versäumung der Rekursfrist verworfen.

In dem vierten Fall handelte es sich um die Beitragspflicht zu den Gemeindeumlagen. Die Stadtkommune der Aghern erhob bei dem dortigen Bezirksamt eine Klage, deren Begehren dahin geht, daß die der Dr. Keller'schen Stiftung und der Wohlthätigkeits-Lafayette-Stiftung eigenthümlich gebliebenen Liegenschaften auf der Gemerkung Aghern mit ihren Steuerkapitalen in den Kataster der Gemeinde Aghern aufzunehmen, und davon die seit 1. Januar 1861 verfallenen Umlagebeiträge an die Gemeindefasse Aghern zu bezahlen seien. Die genannten Stiftungen sehen nach Bestimmung ihrer Statuten unter der Verwaltung des Direktors der großh. Heil- und Pflegeanstalt Jünau. Die erstere bezweckt die Förderung der Interessen dieser Anstalt überhaupt, aus der andern sollen jenseits für verunglückte Pflegekinder Weihnachtsgeschenke angekauft werden. In der Klage selbst wird bemerkt, daß die Zahlung von Umlagen unter Berufung auf § 84 Ziff. 9 G.O. und auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 15. Oktober 1847 verweigert werde. Jene Gesetzhelfer behauptet, daß Gefängnisse, Zucht-, Arbeits-, Irren- und Siechenhäuser von dem Gemeindefassat ausgeschlossen seien, und der angeführte Ministerialerlaß erkläre dieselbe aus Anlaß einer an die Heil- und Pflegeanstalt Jünau gemachten Umlagenforderung dahin, daß auch die für die Anstalt angeschafften Grundstücke, welche zu Zwecken der Anstalt dienen, sei es nun, daß sie zu einer durch den Heilanstalt geforderten Beschäftigung der Pflegekinder benützt, oder daß die Erträge derselben zu den Bedürfnissen der Anstalt verwendet werden, sofern sie nur im Selbstbetrieb der Anstalt sich befinden und nicht verpachtet sind, in die gleiche Kategorie wie die Anstaltsgebäude selbst gehören, und daher gleich diesen von dem Bezug zu den Gemeindeumlagen befreit seien. (S. Preuß. Land-Gesetz, § 84 G.O., Ziff. 9.) Der Bezirksbeamte hatte mit Rücksicht auf diese früher ergangene höhere Entscheidung Zweifel über die Zuständigkeit des Bezirksraths und erbatte deshalb in Gemäßheit des § 67 der Verordnungsordnung in der nächsten (geheimen) Sitzung desselben Vortrag. Der Bezirksrath sprach hierauf, im Verwaltungswege, aus, der Bezirksrath sei zur Entscheidung bei dem vorliegenden höhern Ministerialerkenntniß vom 15. Oktober 1847 auf den Grund des § 88 bez. § 67 der Verordnungsordnung inkompetent. Auf den von der Stadtkommune Aghern dagegen ergriffenen Rekurs hob der Gerichtshof nach dem Antrag des Betreters des Staatsinteresses, Hrn. Ministerialraths Frey, diese Verfügung auf und wies den Bezirksrath an, in der Sache selbst zu erkennen. Es wurde dabei angenommen, daß der Bezirksrath als Verwaltungsgericht gehandelt habe, weil er ja in dieser Eigenschaft von der Klagerin angegangen worden war und weil auch der Gegenstand unabweislich zur Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte gehört. Ueberdies hatte sich sowohl das Bezirksamt als auch der Bezirksrath auf den § 67 der Verf.-O. berufen, der nur auf Verwaltungsstreitsachen sich bezieht. Dem gegenüber konnte auf die weitere Hinweisung auf den überall nicht hier gebürtigen § 88 Verf.-O., und auf die unpassende Bezeichnung „im Verwaltungswege“ kein Gewicht gelegt werden. Der Gerichtshof fand aber, daß der Grund, welchen der Bezirksrath für seine Inkompetenz angeführt hatte, daß nämlich über den gleichen Gegenstand bereits eine höhere Entscheidung ergangen sei — abgesehen von der thatsächlichen Begründetheit desselben — rechtlich nicht geeignet sei, die Zuständigkeit des Bezirksraths als Verwaltungsgericht aufzuheben, sondern nur zu dem Schluss berechtige, daß der eingeklagte Anspruch wegen entgegenstehender rechtsträger Entscheidung nicht begründet sei, welches auszusprechen eben die Sache des zuständigen Gerichts gewesen wäre.

Southampton, 31. Okt. Das Post-Dampfschiff des Norddeutschen Lloyd „Amerika“, Kapitän C. Meyer, welches am 20. Oktober von New-York abgegangen war, ist gestern 12 Uhr Mittags nach einer vorzüglich schnellen Reise von nur 9 Tagen wohlbehalten unweit Cowes eingetroffen, und hat 3 Uhr Nachmittags die Riffe nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt außer der neuesten Post 147 Passagiere und 400 Tons Ladung.

New-York, 29. Okt. Das Post-Dampfschiff des Norddeutschen Lloyd „Deutschland“, Kapitän H. Wessels, welches am 14. Oktober von Bremen und am 17. Okt. von Southampton abgegangen war, ist wohlbehalten hier angekommen.

Marktpreise.

Karlsruhe, 2. Nov. Auf dem hiesigen Fruchtmarkt am 31. Okt. wurden zu Mittelpreisen verkauft: 1843 Pfund Haber, per 100 Pfund 4 fl. — fr. Eingestellt wurde nichts. Durchschnittspreise von Weizen per 150 Pfund: Künftl. Nr. 1 17 fl. 15 fr.; Schwingmehl Nr. 1 17 fl. — fr.; Weizen in drei Sorten 15 fl. 15 fr. In der hiesigen Weizenhalle blieben aufgestellt: 9,276 Pfd. Weizen, eingeführt wurden vom 25. bis 31. Okt. 169,539 Pfd. Weizen. Davon verkauft: 178,315 Pfd. Weizen, 160,988 Pfd. Weizen, blieben aufgestellt: 17,229 Pfd. Weizen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

1. Nov.	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 04"	+ 8.0	S. W.	ganz bew. trüb, Nebel	
Mittags 2	28° 02"	+ 9.0	stark	stark	
Nachts 9	27° 11,93"	+ 6.5	stark	stark	stark, frisch

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 4. Nov. 4. Quartal. 117. Abonnementsvorstellung. Die Stimme von Portici; große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Auber.

